



Presseinformation

Nr. 356 / 2013

Kiel, Donnerstag, 8. August 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Anstatt Fahrrad zu fahren, sollte der Ministerpräsident mit Ver.di sprechen

Zum Bestreiken der Schleusen am Nord-Ostsee-Kanal durch die Gewerkschaft Ver.di erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Nur wenige Monate nach dem Ausfall der altersschwachen Schleusen kommen wieder keine großen Schiffe durch den Nord-Ostsee-Kanal. Diesmal liegt es nicht an der stark sanierungsbedürftigen Infrastruktur des Kanals, sondern an den Arbeitskämpfmaßnahmen der Gewerkschaft Ver.di. Wofür im Frühjahr noch eine ganze Reihe von Bundesverkehrsministern und jahrzehntelange Vernachlässigung verantwortlich gemacht wurden, reichen jetzt eine Handvoll Ver.di-Funktionäre, die im Bundestagswahlkampf ihre Macht bei den Tarifeinsetzungen um die WSV-Reform demonstrieren.

Nachdem Ver.di im Frühjahr angesichts des geschlossenen Kanals noch zu den lautstärksten Kritikern gehörte, wird der weitere Imageschaden für den Kanal und den norddeutschen Wirtschaftsstandort von der Gewerkschaft nun achselzuckend in Kauf genommen. Das passt nicht zusammen!

Diese Maßnahme wird das bereits angekratzte Image des Kanals weiter demolieren und verursacht massive volkswirtschaftliche Schäden. Es ist wenig überzeugend, dass die Ver.di-Funktionäre bei der Frage nach der Verantwortung nur auf Herrn Ramsauer verweisen. Bundesregierung und Ver.di müssen ihre Tarifeinsetzungen vernünftig klären und sollten im gemeinsamen Interesse jeden weiteren Schaden für den norddeutschen Wirtschaftsstandort vermeiden. Beim Rendsburger Kanaltunnel hat Ver.di gerade noch rechtzeitig die Kurve gekriegt, aber auch mit der jetzt angelaufenen Maßnahme an den Schleusen hat sich die Gewerkschaft auf einen sehr schmalen Grat begeben.

Die Landesregierung darf hier nicht länger wegschauen. Beim Ausfall der Schleusen vor wenigen Monaten meldete sich der Ministerpräsident sogar aus dem Ausland ausgesprochen markig zu Wort. Beim Bestreiken der Schleusen müssen bei der Landesregierung alle Alarmglocken läuten, da können die Sommerreisen der Kabinettsmitglieder nicht einfach routinemäßig fortgeführt werden. Es ist ja schön, dass man in unserem Bundesland

mit dem Fahrrad noch vorankommen kann. Unsere Verkehrsinfrastruktur besteht aber nicht nur aus Fahrradwegen, und sie steht unmittelbar vor dem Kollaps.

Anstatt Fahrrad zu fahren, sollte der Ministerpräsident mit Ver.di sprechen und klare Worte finden.“